

Wahlen und die Armen

Die Wahlkampfzene in Indien ist geprägt von farbenfrohen Aktivitäten. Beeindruckende Veranstaltungen werden selbst in den kleinsten Städten organisiert; die allgegenwärtigen Wahl-Jeeps mit den jeweiligen Kandidaten der verschiedenen Parteien finden ihren Weg in das entfernteste Dörfchen. Die Spitzenkandidaten im Wahlkampf 91 setzen darüberhinaus noch auf Lufttaxen. Um möglichst viele Wahlkreise besuchen zu können, jetten sie durch die Gegend und können so täglich Wahlkreise in mehreren Bundesstaaten erreichen.

Die politischen Gegner wetteifern miteinander im Prägen von Slogans und im Lieder schreiben. Transparente überfüllen die ohnehin schon überfüllten Bazaare, Lautsprecher tönen mit ohrenbetäubendem Lärm, um im Alltagsgetöse überfüllter Straßen und hektischer Märkte nicht unterzugehen. Kinder laufen hinter Jeeps und Rikschas her, um ihren Anteil an den farbenprächtigen Ansteckern einzusammeln, die von den Parteien verteilt werden.

Wo ist der Mann oder die Frau aus der Hütte in all der Betriebsamkeit und dem Gewühl? Was bedeuten Wahlen den ärmsten Bevölkerungsteilen in Indien? Betrachten sie Wahlen als ein Ereignis, das eine Veränderung ihrer Lebenssituation bringen könnte? Oder stehen sie Wahlen eher mit Skepsis gegenüber? Natürlich beschwören alle politischen Parteien und die von ihnen aufgestellten Kandidaten ihren Einsatz für die Armen. Dennoch bleibt die Frage, welches Maß an Glaubwürdigkeit die Armen diesen Versprechungen beimessen.

Auf dem Land setzt sich die verarmte Bevölkerung hauptsächlich aus landlosen oder nahezu landlosen Pachtbauern zusammen. Diese Menschen sind natürlich einer Regierung interessiert, die ihnen bessere Arbeitsbedingungen ermöglicht, ihnen etwas Land gibt und die die Löhne für Feld- und Waldarbeit oder für die harte Arbeit in den Steinbrüchen erhöht. Etwas Bewässerung für ihre kleinen Felder wäre auch schon eine große Hilfe. Das sind Wünsche nach geringfügigen Verbesserungen, die vollkommen in Übereinstimmung stehen mit der von der jeweiligen Regierung verfolgten Politik. Trotzdem sieht die Realität der Armen anders aus. Wahrscheinlich wird sich kaum einer der Kandidaten ihren Wünschen annehmen. Obwohl sie ihre Stimmen haben wollen, stehen die meisten Kandidaten letztendlich den Bevölkerungsgruppen näher, die sogar den geringen Ansprüchen der Armen ablehnend gegenüberstehen.

In Indien ist die Zahl der marginalisierten Haushalte, besonders der landlosen oder fast landlosen Pachtbauern, sehr hoch. Nachdem alle Erwachsenen Stimmrecht erhielten, hätte man denken sollen, es müsse Politiker geben die daran interessiert sind, die



aus: 'Illustrated Weekly'

Anliegen aufzunehmen, die den Armen eine Verbesserung ihrer Lebenssituation bringt, um diese Klientel an sich zu binden. Mit anderen Worten, das Stimmrecht hätte den ökonomisch schwächeren Teilen der Gesellschaft den politischen Einfluß gebracht, der notwendig ist, um ihre wirtschaftlichen Vorstellungen durchzusetzen. Im großen und ganzen ist dies nicht geschehen, weil die Politiker auch weiterhin die Bedürfnisse der Armen hinsichtlich eines besseren Lebens und einer besseren Lebensgrundlage vernachlässigen und ignorieren.

Ein Grund dafür ist die Tatsache, daß nach wie vor eine große Zahl armer Familien in graduell unterschiedlichen Abhängigkeitsverhältnissen von einigen dominanten Dorfpersönlichkeiten lebt. Und diese Personen kontrollieren nicht selten auch das Stimmverhalten der Armen. So ist es oft für Politiker einfacher, mit den einflußreichen zusammenzuarbeiten, um dann auch an die Stimmen der anderen heranzukommen, die von landlords und anderen einflußreichen Bürgern abhängen.



Wahlrecht für die Armen? (Foto: Walter Keller)

Auch waren Versuche erfolgreich, die Massen der Armen über die existierende Kastensolidarität auszuspielen. Die meisten gehören zur Gruppe der sogenannten scheduled castes (Unberührbare) oder zur Stammesbevölkerung (adivasis). Ein Teil kann auch den wirtschaftlich und sozial unteren Kasten (backward classes) zugerechnet werden. Unter Ausnutzung des Zusammenhalts der Angehörigen bestimmter Kasten und mit dem Kooptieren ihrer jeweiligen Führer, haben es Politiker immer wieder geschafft, sich die Stimmen ganzer Kastengruppen eines Gebietes zu sichern, ohne die Wünsche und Erwartungen der betreffenden Bevölkerung jemals zu befriedigen.

Als einige kompromißlose Führer aus den schwächeren Teilen der Gesellschaft hervortraten und sich aufrichtig ihrer Sache annehmen wollten, wurden Versuche unternommen, Gerüchte über sie zu verbreiten und sie in ein negatives Licht zu stellen. Half dies nicht, kam es auch zu direkter Gewalt gegen sie. Daher konnten viele Führer der Unterdrückten, die für kurze Zeit wie ein Hoffnungsschimmer auftauchten, ihre Arbeit nicht lange durchhalten.

In jüngster Zeit hat es jedoch einige Veränderungen gegeben. In zahlreichen Gebieten des Landes gibt es jetzt mehr Bewußtsein innerhalb der schwächeren Schichten der Gesellschaft und die Menschen sind nicht län-

ger bereit, einer dominanten Person zu erlauben, mit ihren Stimmen zu handeln. Zu einem gewissen Grad hat die Kontroverse um die Mandal-Kommission (siehe auch 'Südasiens', Nr. 1/91) Angehörige der 'scheduled castes', der Stammesbevölkerung sowie anderer sogenannter rückständiger Kastengruppen (backward castes) zusammengebracht, die die Reservierung von Stellen im öffentlichen Dienst für Angehörige bestimmter Kasten befürworten. Dadurch sind die Chancen geringer geworden, wirtschaftlich arme Familien an den sozialen Trennlinien entlang auseinander zu dividieren. Dennoch, auch in dem jetzigen politischen Umfeld ist die Zahl der Kandidaten, die den Erwartungen der ärmsten Familien tief verpflichtet sind, wahrscheinlich recht gering.

Darüber hinaus kommt die Frage hinzu, ob es den Armen gestattet ist, für den Kandidaten ihrer Wahl zu stimmen. Nimmt man an, daß Menschen in einem Wahlkreis einen Kandidaten als wirklich wohlwollend gegenüber ihren Bedürfnissen einschätzen, so folgt daraus nicht notwendigerweise, daß sie in der Lage sein werden, ihre Stimme auch für diesen Kandidaten abzugeben. Vor dem Wahltag und auch an diesem Tag gibt es noch zahlreiche Möglichkeiten, Wähler, besonders solche aus den schwächeren Gesellschaftsschichten, davon abzuhalten, ihr Wahlrecht auszuüben. Dabei ist die Bandbreite der Wahlbetrügereien groß. Dazu zählen clevere Absprachen

mit Beamten, die zur Zusammenarbeit entweder bereit sind, weil sie ähnliche politische Ansichten vertreten, oder wegen der Verlockung, die eine finanzielle Belohnung für sie darstellt. Zu den anderen Methoden gehört der klare Gebrauch von Zwang und Gewalt.

Die Vorbereitungen dazu, die Armen ihres Stimmrechts zu berauben, beginnen schon vor dem Wahltag. Beamte, die an der Vorbereitung der Wählerverzeichnisse beteiligt sind, werden beeinflusst, die Namen entsprechender Wähler und Wählerinnen erst garnicht in das Wählerverzeichnis aufzunehmen. Wollen solche Personen für den Kandidaten ihrer Wahl stimmen, werden sie wieder heimgeschickt, weil ihre Namen nicht im Wählerverzeichnis aufgeführt sind. Bei den letzten Parlamentswahlen machte z.B. eine große Zahl von Slumbewohnern Delhis diese traurige Erfahrung.

Eine andere Variante besteht darin, Stimmzettel im Namen anderer Wähler und Wählerinnen abzugeben. Wenn der echte Wahlberechtigte zum Wahllokal kommt, erfährt er zu seiner großen Überraschung, daß seine Stimme bereits abgegeben wurde. Auch Mehrfachwahl einer Person in verschiedenen Wahlkreisen ist an der Tagesordnung, nachdem das angeblich nicht entfernbare Tintenzeichen, das als Zeichen der erfolgten Stimmabgabe von einem Wahlbeamten auf einen Finger aufgetragen wird,

mit Substanzen gewaschen wurde, die man aus Pflanzen gewinnt, die in der Gegend wachsen.

Dann gibt es noch andere Methoden, mit denen auch der letzte Anschein eines geregelten Wahlverfahrens aufgegeben wird. Vor dem Wahltag besuchen die beherrschenden Persönlichkeiten die Siedlungen der unteren sozialen Schichten. Sie werden bedroht und aufgefordert, sich nicht an der Wahl zu beteiligen. Am Wahltag wird die Wahlurne dann massenweise mit Stimmzetteln für den Kandidaten gefüllt, der von der beherrschenden Schicht unterstützt wird. Die Wahlbeamten bleiben stumme Beobachter, entweder weil sie bestochen wurden, oder weil sie um ihre Sicherheit besorgt sind. Manchmal nehmen die sozial schwächeren Schichten den Angriff auf ihr Stimmrecht stillschweigend hin. Dann gibt es keinen Widerstand und somit keinen Grund für Gewalt. Die Wahl ist dann zwar 'friedlich', aber keineswegs 'fair'. Manchmal protestieren die Menschen auch gegen das Unrecht. Dann schlagen die einflußreichen Leute und ihre Schlägertrupps zurück. Die Wahl ist dann nicht 'friedlich', aber wenigstens wird ein Versuch unternommen, sie 'fair' zu machen.

Bharat Dogra

(Übersetzung: Franz-J. Conraths)

Wahlen im Punjab wie geplant

Chandra Shekhars Entschluß, die Wahlen zur Lok Sabha und State Assembly für den seit Mai 1987 von Delhi aus regierten Bundesstaat Punjab auf den 22. Juni 1991 festzulegen, wurde vom ermordeten Führer der Congress (I) Party, Rajiv Gandhi, heftig angegriffen. Anfang Mai befürwortete Premierminister Shekhar eine baldige Wahl im Punjab und entsprach damit seiner eingeleiteten Politik der Annäherung an politische Kräfte der Sikhs Anfang des Jahres 1991. Shekhar hatte Simranjit Singh Mann von der inzwischen mehrmals gespaltenen 'Akali Dal'-Partei getroffen und mit ihm unter anderem die Freilassung von 1.500 Sikh-Aktivisten vereinbart. Die Punjab-Wahl sollte jedoch in einem zeitlichen Abstand von etwa einem Monat zur Indien-Wahl (ursprünglich auf den 20., 23. und 26. Mai festgelegt und auf den 12. und 15. Juni verschoben) stattfinden, da das überall präsente Militär später im Punjab eingesetzt werden sollte. Trotz der durch den Tod Gandhis notwendigen Verschiebung der Wahl in zahlreichen Bundesstaaten hielt man aber am Punjab-Termin fest.

Mehrere militante Sikh-Gruppen haben sich dafür eine politische Form gegeben und treten nun erstmals zu Wahlen an. Unterschiede zwischen den Flügeln der

'Akali Dal' bzw. den anderen Parteien lassen sich vor allem anhand ihrer jeweiligen Haltung zur Wahl, zur Zentralmacht in New Delhi bzw. zur Forderung eines selbständigen Sikh-Staates (Kalistan) aufzeigen. Simranjit Singh Mann, in seinen innerparteilichen Einigungsbestrebungen gescheiterter Vorsitzender der 'Shiromani Akali Dal', tritt zur Wahl an und fordert ebenso wie die 'Badal-Group' und die 'Longoval Group' einen souveränen Sikh-Staat. Die 'Manjit Group' (Bhai Manjit Singh) der militanten 'All-India Sikh Students Federation' wird bei ihrer Teilnahme an der Wahl von dem nicht teilnehmenden 'Panthic Committee' unterstützt. Sogar die 'Khalistan Commando Force' tritt zur Wahl an.

Das 'Panthic Committee' des Dr. Sohan Singh hatte am 22. November letzten Jahres einen an die Medien gerichteten 'Code of Conduct' veröffentlicht, dessen Hauptforderungen, wie z.B. die Ersetzung des Begriffes 'Terrorist' durch 'Freiheitskämpfer' u.ä. auch mit Gewalt durchgesetzt worden waren. Diese, wie auch andere militante Gruppen nehmen an der Wahl im Punjab nicht teil, da sie der Indischen Verfassung nicht trauen: "Wir wollen nicht Macht, sondern Khalistan".

Brigitte Schulze